

## Wie marode war die DDR 1989 ?

Karl Mai

Halle, den 30.9.99

Gliederung:

0. Aktuelle Fragestellung
1. Zur Lage Westdeutschlands 1989
2. Zur DDR-Staatsverschuldung 1989/90
3. Wirtschaftliche Stagnation in der DDR-Schlußphase?
4. Umweltökonomie
5. Zum Volksvermögen der DDR
6. Die historische Urlast der DDR bis 1961
7. Aspekte des Wirtschaftssystems
8. Politisches Ende der DDR
9. Fazit

„Die nachträgliche Abschaffung der DDR als historisches Ereignis manifestiert sich jedoch nicht nur im Umgang mit Zahlen.“  
(Herbert Schui, 1991)

### 0. Aktuelle Fragestellung

Am 9.9.1999 verkündete der frühere DDR-Bürgerrechtler **Werner Schulz** (Bündnis/Grüne) im Bundestag wiederum die übliche Version seiner „Siegerwahrheit“:

„Der Zustand der DDR war katastrophal. Das belegt das Geheimpapier, der Offenbarungseid von Gerhard Schürer, den er an die Staatliche Plankommission im Herbst 1989 gerichtet hat. In diesem Papier kommt zum Ausdruck, daß dieser Staat zahlungsunfähig war. Er war ruiniert, die Arbeitsproduktivität lag am Boden. Es ging so gut wie nichts mehr. Viele Kommunen und viele Städte sind dem Tod im letzten Moment von der Schippe gesprungen.“  
(„Das Parlament“, Nr. 38/99, S. 13)

Offenbar bringen einige „Heroen des DDR-Endes“ große Mühe auf, die Reste eines überkommenen DDR-Selbstwertgefühls bis auf die Wurzel zu roden. Die besondere Dankbarkeit gegenüber der westdeutschen Solidarität für den Neuaufbau im Osten müßte dann um so fundamentaler begründbar sein.

Da jede Medaille zwei Seiten hat, kann man davon ausgehen, daß der o.a. generelle Standpunkt aus interessierter Sichtweise motiviert erscheint, aber ebenso berechtigt ist es, ihn aus unabhängiger und objektiver ostdeutscher Sicht zu präzisieren bzw. zu relativieren.

Vor allem legen manche der Zeitzeugen keinen einheitlichen logischen Maßstab an die Beurteilung der wirtschaftlich-ökologischen und sozialen Lage der unterentwickelter Regionen in ganz Mittel-/Osteuropa um 1989. Dies wird z.B. bei der durchaus einseitigen Sicht mancher „Experten“ auf die DDR-Auslandsverschuldung (1990) erkennbar:

Tabelle 1: Netto-Auslandsverschuldung in Ländern des RGW 1990:

Land:	Mrd. US-Dollar
Polen	44,0
Ungarn	20,2
Tschechische Republik	3,5
Rumänien	0,0
DDR	11,0

Hiernach war das kleine Land Ungarn dem Devisen-Bankrott durchaus näher als die DDR

Dies war auch der letztlich entscheidende Grund, warum die damalige Regierung Ungarns **mit begründeter Aussicht** auf spezielle westdeutsche Devisen-Hilfe die Grenze für die ostdeutschen Flüchtlinge im Sommer 1989 öffnete.

Indessen ist eine ahistorische oder "west-ideologisch" eingefärbte Sichtweise auf die DDR-Lage zu Ende 1989 in keiner Weise tragbar, zumal wenn sie zum Vergleich nur "Sieger"-Maßstäbe jenes historischen Zeitpunktes heranzieht und ihre Kriterien bzw. Argumente nicht auf ganz Mittel-/Osteuropa ausdehnt oder bemißt.

Die übertreibende Beschwörung des "wirtschaftlichen Bankrotts der DDR" hat natürlich eine eminent wichtige Entlastungsfunktion für jene ostdeutsche Enttäuschung, die aus der Transformationsökonomie (Vereinigungsökonomie unter Treuhand-Privatisierung) heraus resultierte. Darüber hinaus soll sie kaschieren, welche Gründe es hat, daß die hohen Transfers West/Ost unbefristet fortgeführt werden müssen: daran trägt eben die Ex-DDR die volle „historische Schuld“.

Aus der Sichtweise einer alternativen Wirtschaftspolitik hatte z.B. die „Memorandum-Gruppe“ (Bremen) die Fehler der Vereinigungsökonomie stets aufgedeckt und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen empfohlen - jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Ebenso galt dies für zahlreiche andere prominente Kritiker des Kurses der Kohl-Regierung gegenüber Ostdeutschland.

Legenden über den "totalen wirtschaftlichen Bankrott der DDR" können nicht verhindern, daß heutzutage ostdeutsche Bürger nochmals rückblickend den komplexen Sachverhalt genauer recherchieren und überprüfbare Fakten sammeln. Daher möchte ich folgendes in Erinnerung rufen:

## 1. Zur Lage Westdeutschlands 1989

Die frühere BRD war vor der Vereinigung keineswegs ohne ineffektive und hochsubventionierte Strukturen, ohne hohe und zunehmende chronische Arbeitslosigkeit, beachtliche nachgewiesene Umweltschäden und auch nicht ohne riesige öffentliche (und auch private) Schulden. Die Arbeitslosenrate lag seit Mitte der 80-er Jahre stets nahe bei 7 %. Die Kosten durch Umweltschäden beliefen sich dazumals auf ca.100 Mrd. DM jährlich.

Während die DDR zum Teil ihren relativ "überhöhten" konsumtiven zivilen und militärischen Verbrauch durch Raubbau an der infrastrukturellen und z.T. industriellen Substanz (Anlagen) sowie durch schlimme Vernachlässigung der Umwelt "überspielte", stellt sich die BRD als ein schuldenfinanziertes Gesellschaftssystem dar. Die BRD hatte in wirklich enormen Umfang mittels Vorgriffs auf die Kaufkraft künftiger Jahre den infrastrukturellen Raubbau und die akute Umweltkrise vermieden und ferner "blendende Fassaden" im Kontrast zur DDR errichtet.

1989 beliefen sich die inneren BRD-Schulden (aller Gebietskörperschaften) auf 923,5 Mrd. DM und waren damit mehr als doppelt so hoch wie die Netto-Auslandsguthaben. Die Neuverschuldung des Staates betrug 1989 mit 42 Mrd. DM immerhin 28,6 % der privaten Ersparnisse des Jahres von 147 Mrd. DM.

Die westdeutsche Unternehmensverschuldung lag bei 1.169,6 Mrd. DM, die private Verschuldung für Wohnungsbau 729,4 Mrd. DM. 1989 belief sich der Stand der Konsumentenkredite an Privatpersonen auf 109,3 Mrd. DM. Die Subventionen an Unternehmen beliefen sich 1989 auf 75,6 Mrd.DM. Das Staatsdefizit betrug 1989 26,3 Mrd. DM und das Kapitalbilanzsaldo -136,2 Mrd. DM.

Ausländische Anleger hielten 1990 DM-Forderungen gegenüber den öffentlichen Institutionen in der BRD in Höhe von 220 Mrd. DM, die als Brutto-Auslandskapitalschulden zu werten sind. Saldiert mit den Guthaben ausländischer Notenbanken und internationaler Institutionen bei der Bundesbank, belief sich die so errechnete Netto-Auslandskapitalverschuldung auf 168,5 Mrd. DM.

Bei einer derartigen inneren und äußeren Verschuldung gründete der Erfolg des sozialen Marktwirtschaftssystems der BRD wohl erheblich auf "Vorgriffsverzehr" der Erträge von den

nachfolgenden Zeiträumen auch der Folgegeneration.

Mit der Vereinigung entfielen dann auf jeden DDR-Bürger zusätzlich 11.700 DM an öffentlichen (inneren) Staatsschulden der alten BRD, d.h. eine **westdeutsche Altlast** besonderer Art.

Dies war mehr als das Doppelte der staatlichen Pro-Kopf-Schulden aus der DDR-Zeit für die ostdeutsche Wohnbevölkerung.

Ist dies nun generell besser als ein eingetretener "Substanzverlust" à la DDR?

Trotz zuletzt erreichter westdeutscher (innerer) öffentlicher Billionen-Verschuldung war im Zeitraum 1980 bis 1989 das durchschnittliche nominelle Wachstum der BRD beim BIP, beim Inlandsverbrauch gesamt und beim Privatverbrauch jeweils keineswegs höher als in der „maroden“ DDR.

## 2. Zur DDR-Staatsverschuldung 1989/90

Die Staatsverschuldung der DDR zum Ende 1990 wird nach Angaben der Deutschen Bank (1992) mit 86,3 Mrd. DM benannt, darunter 38 Mrd. DM Schulden für die Kreditfinanzierung des Wohnungsbaus der DDR (aus Sparguthaben der Bevölkerung), 28 Mrd. DM Schulden des Kreditsystems an den Staatshaushalt, 26,4 Mrd. DM Restausgleichsposten aus der 1990er Währungsumstellung sowie 20,3 Mrd. DM Auslands-Nettoschulden.

Somit betrug die innere und äußere Staatsverschuldung der DDR-Bevölkerung Ende 1990 pro Kopf 5.384,- DM (bei einer mittleren Wohnbevölkerung von 16.028 Mio. Personen).

Die Bundesregierung rechnet zu den DDR-Schulden zusätzlich die 104,0 Mrd. DM "Altkreditschulden" der THA-Betriebe aus der Währungsumstellung. Dies sind aber finanztechnische Zwangsposten aus der Nach-DDR-Ära.

### 2.1. Zur Außenverschuldung

Forschungsergebnisse (1996) brachten zu Tage, daß sich die DDR-Außenhandelsverschuldung (AH) ohne und mit Einbeziehung des innerdeutschen Handels (IDH) wie folgt entwickelte:

Tabelle 2: DDR-Westverschuldung in Mrd. DM

	1981	1985	1987	1989
Bruttoverschuldung AH	27,8	34,7	29,0	32,3
- Guthaben	5,0	19,1	16,1	17,9
= Nettoverschuldung AH	22,8	15,6	12,9	14,4
+ Passivsaldo IDH	- 3,7	- 3,5	- 4,3	- 4,0
= Gesamt-Zahlungsdefizit	26,5	19,1	17,2	18,4

(Buchreihe "Am Ende des realen Sozialismus", Leske+Budrich 1996, Bd. 2, S. 60/61)

Die Angaben ohne IDH zeigen, daß 1981 die Quote der Netto- an der westlichen Bruttoaußenhandelsverschuldung mit 82,0 % weitaus höher lag als 1989 mit 44,6 %. Der Verschuldungsgipfel gegenüber dem westlichen Ausland (ohne IDH) war also 1989 lange überschritten. Die Nettoauslandsverschuldung war außerdem 1989 niedriger als 1985.

Zu Ende 1989 belief sich das Netto-Zahlungsdefizit auf 209 % der Jahresausfuhr in die westlichen Industrieländer (ohne IDH).

1981 hatte diese Relation 407 % betragen, war also vergleichsweise weitaus ungünstiger. In absoluter Höhe war 1989 das Gesamt-Zahlungsdefizit auch niedriger als 1985.

„Tatsächlich war die Zahlungsbilanzsituation der DDR Ende 1989 weniger dramatisch als es aus den **Selbstzeugnissen** Schürers und Schalcks hervorgeht.“ (Buchreihe "Am Ende ...", S.60) Wirft man einen Blick in Schürers DDR-Geheimpapier von 1989, so wird sofort klar: Der Hauptmangel des Geheimberichts besteht darin, daß er keine analytische Betrachtung nach Jahren getrennt für Brutto- und Nettoschuldenstand, Neuverschuldung, Tilgung nach Fälligkeiten, Zinsen für Restschuld in Verbindung mit dem Export-/Import-Saldo im NSW vornimmt: ein typisches Vorgehen nach dem Grundsatz der Halbwahrheiten und der Verschleierung selbst gegenüber dem eigenen Politbüro.

**Gerhard Schürer** hat später (1996) selbst dazu erklärt:

„Die Auslandsverschuldung der DDR war also mit 20,3 Mrd. DM um mehr als die Hälfte niedriger, als wir es im Oktober 1989 mit den 49 Milliarden Valutamark aufgrund der damals geltenden, von Mißtrauen geprägten Beschlußlage ausweisen mußten.“

( Schürer in: „Ansichten zur Geschichte der DDR“, Bd. VI, S. 392/393)

Na also: die "Beschlußlage" zwang Schürer dazu, das Politbüro selbst zu desinformieren!

Offenbar ist diese Selbst-Klarstellung Herrn Werner Schulz nicht bekannt

Nach Angaben der Commerzbank von 1990 verfügte die DDR für 1989 formal über beachtliche Devisenreserven, die im Verhältnis zum jährlichen Importbedarf relativ noch 3-mal höher waren als im RGW-Durchschnitt vorhanden. ("horizont INTERNATIONAL" 8/90, S. 53)

Unmittelbar vor der Währungsunion wies die Bundesbank eine ausländische Nettoverschuldung von 27,4 Mrd. DM für die DDR aus, d.h. pro Kopf 1.646,- DM.

Die Bundesregierung übernahm 7,6 Mrd. DM Devisen-Guthaben auf den verfügbaren DDR-Auslandskonten.

Die DDR war selbst für ca. 9,5 Mrd. US-Dollar Kreditgeber an „befreundete“ ausländische Staaten, so daß die Bundesregierung diese Forderungen Ende 1990 übernehmen konnte. Allein gegenüber 11 Entwicklungsländern bestanden Ende 1990 Forderungen in Höhe von 6,75 Mrd. DM.

Bis zuletzt blieb die DDR pünktlicher Schuldendienst-Zahler im Verkehr mit ihren Gläubigerbanken.

Die Zinslast betrug zuletzt, bezogen auf die Bruttoauslandsverschuldung insgesamt, etwa 2,5 Mrd. DM (bei 8 % Zinsen).

Nach Angaben von **H. Modrow** wurde mit der Auflösung des KoKo-Bereiches im Jahre 1990 von internen Geheimkonten die Summe von 4,0 Mrd. DM auf Staatskonten als Guthaben transferiert, so daß sich die DDR-Auslandsverschuldung sodann verringerte. ("Die Zeit", Nr. 46/1991, S. 11)

Hier sei daran erinnert, daß sich das kommunistische Rumänien gerade 1989 völlig frei von ausländischen Devisenschulden gemacht hatte, was dort zu solchen extremen inneren Versorgungsspannungen führte, daß sich die Revolution gegen die Diktatur des Ceausescu gewaltsam entlud. Dies zeigt übrigens, wie wenig ein Verschuldungsgrad bei Devisen für die Staatskrise eines RGW-Landes 1989 das Hauptkriterium bilden konnte.

## 2.2 Zur inneren Verschuldung der DDR

Nach IWH-Angaben (1995) betrug die interne Staatsverschuldung beim eigenen Kreditsystem 130 Mrd. Mark der DDR (ohne weitere Aufgliederung).

Die DDR-Betriebe waren mit brutto 260,4 Mrd. M bei der Staatsbank verschuldet, hatten jedoch Sichteinlagen von 60,6 Mrd. M. Diese "Schulden" resultierte hauptsächlich aus Zwangskrediten für die normalen Investitionen, weil die Gewinne und Amortisationen überwiegend durch den Staat zentralisiert wurden und daher eine überhöhte "Kredit"-Anrechnung für Importe erfolgte.

Der Hintergrund ist folgender:

Eine dramatische Verschlechterung der Exportergebnisse in Valutamark wurde unvermeidlich, als man hinnehmen mußte, daß sich in den achtziger Jahren der Aufwands-Erlösfaktor von Mark zu Valutamark von 2,4:1 bis auf 4,4:1 verschlechterte.

Die DDR-Statistik "wertete" die West-Importe zu Binnenpreisen im umgekehrten Verhältnis auf: Dies erhöhte später u.a. die berühmten „Altkreditschulden“ der DDR-Industrie nach der Währungsunion.

Die hieraus resultierenden 104 Mrd. DM Altschulden der THA-Betriebe sind im Kern ein fiktiver Schuldtitel, denn der reale Gegenwert hierfür war über den Export abgeflossen. Außerdem kann das Volkseigentum sich nicht an den Eigentümern, also an den Staat, in realer Weise verschulden.

### 3. Wirtschaftliche Stagnation in der DDR-Schlußphase?

#### 3.1 Bruttoinvestitionen

Von wirtschaftlicher Stagnation der DDR kann auch in ihrem letzten Jahrzehnt weniger die Rede sein, sofern man dies allein am Umfang der getätigten Brutto-Investitionen bemißt: Nach neueren Forschungsangaben entwickelte sich die durchschnittliche Quote der DDR-Bruttoinvestitionen gesamtwirtschaftlich wie folgt:

Tabelle 3: Bruttoinvestitionsquoten der DDR-Zeit

Jahre:	Quote:
-----	-----
1950/51	6,38 %
1955/56	10,65
1960/61	17,80
1965/66	19,30
1969/70	24,50
1980/81	26,18
1985/86	21,66
1987/88	23,27
1988/89	24,40
-----	-----

("Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte", 1995/2, S. 28, 31, 35)

Zwischen 1950 und 1961 zeigten sich hier die Wirkungen der Reparationsleistungen und der Folgen der offenen Westgrenzen der DDR. (Siehe: Pkt. 6)

Vorstehendes deutet also keineswegs auf einen Stagnationsprozeß der DDR-Volkswirtschaft hin, wenngleich es auch nichts über eine vergleichsweise marktwirtschaftliche Effizienz der Investitionen aussagt.

Nach methodologischer Umstellung der statistischen Primärdaten aus der DDR-Zeit auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) gemäß der Bundesstatistik ist inzwischen als nachgewiesen zu betrachten:

Die Bruttoinvestitionen betragen immerhin 1989 94,6 Mrd. Mark oder 29,2 % des Bruttoinlandprodukts (zu laufenden Preisen) und lagen somit höher als zuvor bekannt war. (Offenbar wirkt sich hier eine neue Zuordnung u.a. von Generalreparaturen zu Ersatzinvestitionen in einigen DDR-Branchen aus.)

Dieser Anteil belief sich 1985 nur auf 25,5 % und hatte sich danach in der DDR-Schlußphase noch erhöht.

Die Ausrüstungsinvestitionen beliefen sich 1989 auf 52,3 Mrd. M gegenüber 30,6 Mrd. M für 1985. Die Bauinvestitionen stiegen in dieser Zeit von 34,0 Mrd. M auf 40,7 Mrd. M. ("Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte", Akademie-Verlag, Bd. 1997/2, S. 64/65)

Die Ausrüstungsinvestitionen verteilten sich 1985 und 1989 wie folgt auf Sektoren (zu laufenden Preisen):

Tabelle 4: Bruttoinvestitionen in Mrd. Mark 1985 und 1989

	1985	1989	Struktur 1989=100 %
Bruttoinlandprodukt	286,6	323,8	---
Ausrüstungsinvestitionen	30,6	52,3	100,0
dar. Landwirtschaft *	1,9	3,6	6,9
Produzierendes Gewerbe	21,9	39,4	75,3
Energiewirtschaft	2,8	4,0	7,6
Bergbau	2,6	3,9	7,5
Verarbeitendes Gewerbe	15,8	30,1	57,6
Baugewerbe	0,7	1,4	2,7
Handel	0,7	1,1	2,6
Verkehr	3,6	4,2	8,0

(\* = einschl. Fortswirtschaft u. Fischerei)

Der hohe Anteil der Ausrüstungsinvestitionen für Energiewirtschaft und Bergbau ging offenbar zulasten der benachteiligten Sektoren Baugewerbe, Handel und Verkehr. Nach einer ifo-Studie (1990) gab es eine Reihe von industriellen Branchen, deren technologischer Rückstand vergleichsweise **gering** bewertet wurde. Hierzu zählte man: Bergbau, Metallherzeugung, Steine und Erden, Glas, Feinkeramik, Stahl- und Maschinenbau, elektronische Geräte für Stromerzeugung und Verteilung, Meß- und Regeltechnik, Holzbe- und Verarbeitung. (Ifo-Schnelldienst, Nr. 28/1990)

Bezüglich der Anlageninvestitionen insgesamt ist 1989 auch der hohe Betrag von 9,5 Mrd. M für die Wohnungsvermietung bemerkenswert, der seit 1985 annähernd gleich hoch blieb. Diese politisch so gewollte Höhe im "unproduktiven" Wohnbereich ging zu Lasten der benachteiligten Zweige und Branchen.

Trotz vorstehender beachtlich hoher und keineswegs von Stagnation gekennzeichneten Brutto-Investitionen ist nicht zu verschweigen:

Allein die Braunkohlen-/Energiewirtschaft beanspruchte in dieser Zeit fast ein Drittel der gesamten Industrie-Investitionen oder 13,5 % der Gesamtinvestitionen in die Wirtschaft. Die in den 80-er Jahren erzwungene Umstellung der Energieerzeugung von Erdöl auf Rohbraunkohle (infolge der sowjetischen Lieferungsbeschränkungen) forderte allein ca. 18 Mrd. M an technologischen Rekonstruktions-Investitionen zwecks Substitution ohne zusätzlichen Gewinn/Nutzen.

### 3.2 Nettoinvestitionen

Hierzu liegen nur Angaben nach DDR-Statistik vor, die auf der DDR-Abgrenzung des produzierten Volkseinkommens beruhen.

Die Nettoinvestitionen der DDR betragen 1989 43,7 Mrd. Mark, bei einem "produzierten Volkseinkommen" von 260,4 Mrd. Mark. Ihr Anteil für die gesamte Wirtschaft betrug 16,8 %, darunter ca. 7 % für die hohen forcierten Wohnungsinvestitionen des Staates. Allerdings bedeutet dies nicht, daß 1989 die westdeutsche Nettoinvestitionsquote am dortigen Volkseinkommen höher war: sie war mit 11,5 % noch **niedriger**.

Über die Militär- und Sicherheitsinvestitionen liegen keine gesonderten relativen Angaben vor, aber ihre absolute Größenordnung kann ab 1980 bei 6 - 7 Mrd. M pro Jahr angenommen werden.

Entsprechend dem Rückgang des **im Inland verfügbaren** im Vergleich zum produzierten Volkseinkommens (infolge der Preisverluste aus dem Westexport) trat in den 80er Jahren der Nettoinvestitionsanteil am produzierten Volkseinkommen zwangsläufig deutlich zurück.

### 3.3 Zum Verschleißgrad der Anlagen

Der Verschleißgrad der Ausrüstungen zur Endzeit der DDR überschritt statistisch etwa um 10 Punkte die international üblichen Werte, was einem Rückstand von Ausrüstungs-Investitionen in Höhe von 67 Mrd.M im Vergleich zum Referenz-Standard entsprach.

An der Spitze des Verschleißgrades bei Ausrüstungen lagen in der DDR die Bauwirtschaft und das Post-/Fernmeldewesen.

Der Verschleißanteil des Kapitalstocks insgesamt betrug zuletzt ca. 46 %, bei den Ausrüstungen sogar 55 % der buchmäßigen Brutto-Werte. Bei den Ausrüstungen lag die Hälfte der Wirtschaftszweige mit bis zu 8 Punkten über dem durchschnittlichen Verschleißanteil.

Speziell bei Ausrüstungen der Industrie existierten 1989 ca. 20 % (= 133 Mrd.M Brutto-Anschaffungswert) völlig abgeschriebene Anlagen, die seit 1980 um 6 Prozentpunkte angestiegen waren.

Jedoch waren 47 % der Anlagen nicht älter als 10 Jahre (in der BRD 70 %), und 27 % der Anlagen waren bis zu 5 Jahre alt. Dies war im Rahmen des COMECON (RGW) durchaus positiv zu werten.

Nach DDR-Statistik hatte sich der Verschleißgrad in den Jahren ab 1975 im Bauwesen um 16,5 %-Punkte, im Verkehrswesen um 3,6 %-Punkte und in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft um 11,1 %-Punkt überdurchschnittlich erhöht.

### 3.4 Verkehrsinfrastruktur

Im Bereich des Verkehrswesens und der Nachrichtenübermittlung gab die DDR über mehrere Jahrzehnte nur zwischen 8 und 11 % ihrer Gesamtinvestitionen aus, was zu großem Erneuerungsbedarf führte.

Der Instandhaltungs- und Erneuerungsbedarf im Verkehrswesen (Bahn, Straßen, Brücken) konnte daher seit Jahren nicht mehr ausreichend abgedeckt werden, so daß hier große Teile dieser Infrastruktur nicht mehr voll nutzungsfähig bzw. stark erneuerungsbedürftig waren. (Hier wurde der Finanzbedarf zur Erneuerung/Ausbau auf 425 Mrd. DM geschätzt.) Der Modernitätsgrad der Verkehrswege war 1991 mit 54 % um 17 %-Punkte unter dem westdeutschen. (DIW-Wochenbericht Nr.50/96,S. 810)

Spezielle Untersuchungen ergaben in der infrastrukturellen Ausstattung der Ex-DDR (im Vergleich zum westeuropäischen Durchschnitt) folgende Niveau-Relationen: Im Bereich Verkehr 18 %, im Bereich Telekommunikation 40 % und im Bereich Energieversorgung 16 %. (Zitiert nach: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B5/99, S. 28)

### 3.5 Innovation und Arbeitsproduktivität

Nur 23 % der DDR-Produkte befanden sich in der Einführungs- und Wachstumsphase ihres normalen Nutzungs-Lebenszyklus. Ebenso hoch war der (nach DDR-Maßstäben) schon veraltete Produktanteil. Wenig bekannt ist, daß die DDR-Industrie in einer wirklich enormen Sortimentsbreite (ca. 50 % des Weltsortiments) genötigt war, ihren Eigenbedarf zu decken und dafür Entwicklungsaufwand zu betreiben.

Von wenigen Spitzenprodukten nach Qualitätskriterien des Weltmarktes abgesehen, die hauptsächlich für die Weltraumforschung oder militärische Zwecke entwickelt wurden, mangelte es an einem innovativen Sortiment industrieller Güter in Westexportqualität, vorallem im Bereich von Investitions- und Konsumgüterindustrie.

Dennoch wäre es falsch, eine Produktqualität (im Sinne funktionaler und üblicher sicherheitstechnischer Gewährleistung) der DDR abzusprechen:

"Die herrschende Meinung im Westen, daß die Ostprodukte Mist seien, ist ein grundsätzlicher Irrtum. Es gibt zahlreiche Produkte, die mit der mehr oder weniger notwendigen Anpassung - etwa im Design - marktfähig sind."

(Tyll Necker, "Wirtschaftswoche" Nr. 5/92, S. 19)

Die zu geringe Innovation in der Verarbeitenden Industrie bedingte eine "ausgleichende"

Erhöhung des Anteils der sog. "Grundstoff"- Industrie am Westexport der DDR von 31,2 % auf 40,4 % zwischen 1975 und 1988.

Selbst der hohe Aufwand für die DDR-Mikroelektronik mit 28,4 Mrd. M für Forschung, Entwicklung und Fertigung brachte keine weltweit wettbewerbsfähige Produktion, nicht zuletzt auch aus Kostengründen.

Trotzdem sollte man die DDR-Produzenten nicht als hoffnungslos unfähig zum Wettbewerb aburteilen. Hierzu folgendes kompetente Urteil:

"Die Produzenten wären wettbewerbsfähig, wenn die Kosten- und Absatzstrukturen nicht derart verzerrt worden wären wie beim Zusammenbruch des sozialistischen Systems."  
(Tyll Necker, a.a.O.)

DIW-Präsident **Lutz Hoffman** wertet den tiefen Einbruch der DDR-Produktion 1990/1991 "als Resultat eines durch die Währungsunion herbeigeführten Preis-Kosten-Verhältnisses, bei dem eine kostendeckende Produktion nicht möglich ist."

(Lutz Hoffmann, "Warten auf den Aufschwung", 1993, S. 29)

Die Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe der DDR erreichte 1988 pro Kopf 53 % des westdeutschen Niveaus; in der Volkswirtschaft insgesamt lag sie bei 46 %. Dem entsprach auch ein analog höherer Energieverbrauch für die Produktionsleistungen. Nach jüngeren (umstrittenen) Untersuchungen soll die Wertschöpfung je Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe bei nur 30 % des westdeutschen Niveaus, je Arbeitsstunde aber noch darunter gelegen haben.

Der Personalüberhang infolge allein von Mängeln in der Planung und Organisation der volkseigenen Betriebe wird auf 7 % aller dort Beschäftigten geschätzt. (Zum Vergleich: die Arbeitslosenrate in Westdeutschland war zeitweilig höher.)

#### 4. Umweltökonomie

Die Umweltökonomie war am Ende der DDR das anerkannt geheimste und beschämendste Kapitel der DDR-Mangelwirtschaft. Es ist bezeichnend für die politische Trendwende von Herrn Werner Schulz, daß der als „Bündnis/Grüner“ diesen wirklich berechtigten Klagepunkt überhaupt nicht mehr erwähnte.

Doch ihm kann nachgeholfen werden:

In der Umweltbelastung und -zerstörung erreichte die DDR zu Ende der 80-er Jahre extreme regionale Spitzenwerte, die sich aus einer oft langjährigen Unterentwicklung dieses Lebensbereiches ergaben.

Resultierend aus dem sprunghaft erhöhten Braunkohleeinsatzes für die Energieerzeugung in den 80-er Jahren (Mineralölsubstitution) und des ungehemmten Einsatzes von Chemikalien in der Landwirtschaft wuchsen die ökologischen Mißstände flächendeckend rasch an.

In den 80-er Jahren beliefen sich die in den Umweltschutz realisierten Investitionen nur auf 0,5 % des DDR-Nationaleinkommens und lagen damit nur bei ca. 1/3 des westdeutschen Vergleichswertes.

Aufgrund des hohen Verschleißgrades der DDR-Chemieanlagen mußten 54.000 Werktätige unter arbeitshygienischen Ausnahmebedingungen arbeiten, für die förmlich 420 ganz konkrete Ausnahmegenehmigungen erteilt wurden.

Die durchschnittliche Flächenbelastung der DDR mit Schwefeldioxyd und Schwebstaub lag um das 10-fache über den westdeutschen Daten für diese Luftemissionen.

Die 5 Bezirke der DDR, in denen 70 % der Gesamtemissionen freigesetzt wurden, hatten fast das ganze Jahr über die höchstmöglichen Belastungsstufen, denen bis zu 4 Mio. der Bewohner ständig voll ausgesetzt waren.

Das Trinkwasser hatte für 9,6 Mio. Menschen einen Reinheits- und Hygiene-Standard unterhalb des westdeutschen, wobei es für 1,4 Mio. Menschen Beimengungen von Bakterien und Krankheitserregern (z.B. durch Rohrleitungsverleiß) aufwies.

Von den Industrieabwässern wurde 1988/89 noch fast 25 % völlig ungereingt in die



Oberflächengewässer entlassen, von den Siedlungsabwässern waren es immerhin 12 %.

## 5. Zum Volksvermögen der DDR

Ein „katastrophaler Zustand“ des DDR-Kapitalstocks wurde durch die Defizitrechnung der THA suggeriert, die von der Politik völlig abwegig bewertet wurde, wovon auch ein Ex-DDR-Bürger Werner Schulz offenbar nicht unbeeinflusst blieb. Diese Deutung ist aber, wie zu zeigen bleibt, längst sachlich widerlegt.

Für 1988 wurde der gesamte Kapitalstock der DDR-Volkswirtschaft noch zu 1.684 Mrd. Mark der DDR, darunter der Ausrüstungsteil zu 665 Mrd. M, in der Statistik auf Basis „Anschaffungswert“ geführt. Von letzteren waren aber 133 Mrd. M = 20 % praktisch vollständig amortisiert.

Das gesamte volkseigene Sachkapital umfaßte nach der Währungsumstellung im Jahre 1990/91 958 Mrd. DM.

Daneben war der staatliche Grund- und Boden mit einem Verkehrswert von ca. 440 Mrd. DM als Schätzpreis anzusetzen.

Nach Berechnungen des DIW betrug das Bruttoanlagevermögen der ostdeutschen Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) am 1.1.1991 immerhin 478 Mrd. DM. Nach DDR-Angaben existierten 1990 47 % Anlagen mit einer Nutzungsdauer bis zu 10 Jahren. Aber das DIW rechnete zu den „Altanlagen“ einen Bestand von 412 Mrd. DM (1991).

Die THA hat intern die Aktiva-Bewertung ihrer Unternehmen (für die "DM-Eröffnungsbilanz") zwar nach dem Substanzwert gemäß Befragung der Unternehmen in Höhe von 520 Mrd. DM erfassen lassen, um sie sodann nach dem "Ertragswert", der auf zukünftiger Renditeerwartung basiert, stark herabzurechnen, oft noch vermindert um die Kosten für den absehbaren Personalabbau (Sozialpläne).

Insgesamt wurde so aus einem vormaligen DDR-Kapitalkoeffizienten im produzierenden Sektor von 4,8 (Netto-Grundmittelbestand zu produziertem Nationaleinkommen auf M-Basis) eine völlig "marode Wirtschaft" dargestellt, die mit dem letztlichen Schuldenberg der THA von ca. 256 Mrd. DM zu Ende 1994 direkt repräsentiert erschien.

**Prof. Wolfram Engels**, Herausgeber der "Wirtschaftswoche", äußerte sich im Februar 1995 zur Schrotthyothese der DDR-Volkswirtschaft mit kritischer Distanz:

"Da sei eben alles Schrott gewesen, wird heute behauptet... Die Produktionsanlagen waren nach westlichen Vorstellungen veraltet, nicht weil sie technisch nicht brauchbar gewesen wären, sondern weil die Technik arbeitsintensiver war als die im Westen... Hätte man den Betrieben vorübergehend Lohnbeihilfen gezahlt... so hätte man den Wert des Produktionsvermögens erhalten und auch die Arbeitsplätze, und das mit einem Bruchteil des Aufwandes, der der Treuhand und dem Staat mit ihrer Brechstangenmethode entstand."  
(W. Engels in: "Wirtschaftswoche" Nr. 9/95, S. 174)

Diese "Schrotthyothese" hatte mit der Realität der früheren DDR-Anlagen wenig zu tun, sondern widerspiegelte einen wahren volkswirtschaftlichen Ausverkauf zu Schleuderpreisen.

Im übrigen zeigt ein Vergleich mit den mittel-osteuropäischen Nachbarländern nach 1990, daß - bei analoger Überalterung der dortigen industriellen Anlagen - die jeweiligen freien eigenen Währungsrelationen bewirkten, daß der wirtschaftliche Produktivitätsrückstand im übernationalen Wettbewerb abzufedern war, was u.a zur Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen zwingende Voraussetzung bildete.

Trotz relativer Effektivitätsschwäche (nach Marktwirtschaftskriterien) und struktureller Entwicklungsdefizite brachte die DDR ein gewaltiges Vermögen (Sach- und Finanzvermögen) als Volkseigentum in die Vereinigung ein, das materielle Resultat der Arbeit von mindestens zwei Generationen.

Entgegen dem Einigungsvertrag wurde es aber in keiner offiziellen "Schlußbilanz DDR" gemäß Substanzwert dokumentiert.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gibt für den Jahresanfang 1991 das Brutto-Anlagevermögen für den Unternehmensbereich (ohne Wohnungswirtschaft) nach der Umbewertung auf Basis "Wiederbeschaffungspreise 1991" in Höhe von 477 Mrd. DM an. Darunter entfielen 124 Mrd. DM auf die ostdeutsche Verkehrsinfrastruktur (Bahnen, Straßen usw.) ("DIW-Wochenberichte" Nr. 31/95 u. 50/96).

Die THA wies jedoch in ihrer D-Mark-Eröffnungsbilanz auf der Aktiva-Seite nur 78,9 Mrd. DM Unternehmensvermögen und weitere 34,3 Mrd. DM sonstiges Vermögen aus, darunter 16,0 Mrd. DM land- und forstwirtschaftliches Vermögen. Auf der Passiv-Seite standen diesem aktiven Vermögensbestand für 323,5 Mrd. DM Verluste, Risiken und Verbindlichkeiten gegenüber, darunter Verbindlichkeiten gegenüber Banken. Zu Ende 1991 wurden Altkredite von ca. 50 Mrd. DM in der THA bilanziert.

Erst spät wurde glaubwürdig bekannt, daß sich der eigentliche Substanzwert der THA-Unternehmen (nach den erhobenen Betriebsangaben aufgerechnet) intern zu 520 Mrd. DM ergeben hatte, die schon um 100 Mrd. DM für Altkredite bereinigt waren. (Aussage vor dem THA-Untersuchungsausschuß des Bundestages.)

Die THA schaffte es, aus diesem positiven Vermögens-Bruttobestand bis Ende 1994 einen Schuldenberg von 256 Mrd. DM als Ergebnis ihrer Tätigkeit zu deklarieren. Hierauf bezogen sich dann die kolportierten Argumente von einem angeblich gar nicht real vorhandenen DDR-Unternehmensvermögen.

Dabei gab die THA im Bericht zur Eröffnungsbilanz selbst zu Protokoll:

"In die Gesamteröffnungsbilanz wurden Vermögenswerte, Risiken und Verpflichtungen der einzelnen Unternehmen - wie auch der Treuhandanstalt selbst - einzeln eingebracht."

(Bericht des THA-Verwaltungsrates, "DM-Eröffnungsbilanz", S. 19)

Ferner übernahm die THA einen staatlichen Grundbesitz von 1,8 Mio. Hektar Ackerland und 2,1 Mio. Hektar Wald, und die TLG-Behörde hatte 124.000 Immobilien Staatsbesitz zu verwalten.

("Daten und Zahlen zum Ende der Treuhandanstalt", BMFi informiert, "Fakten" Nr. 1/95)

Dieser Grundbesitz hat einen Schätzwert von mindestens 440 Mrd. DM.

Ergänzend sei erwähnt, daß das DIW für die Bereiche Wohnungsvermietung und Staat die Brutto-Anlagevermögen auf 380 und 101 Mrd. DM veranschlagt hatte. Nach anderen Schätzungen betrug aber allein das gesamte staatliche Verwaltungs- und Finanzvermögen ca. 280 Mrd. DM (offenbar einschl. NVA-Vermögen).

Nach Angaben der Bundesverwaltung für offene Vermögensfragen (Stand vom 30.9.1996) wurden 342.173 Hektar Liegenschaften direkt in Bundesvermögen übernommen, die zu ca. 240 Mrd. DM bewertet wurden.

Vom immobilien Auslandsvermögen der DDR waren bis August 1995 Liegenschaften mit einem Gesamterlös von 56 Mio. DM veräußert.

Nicht zuletzt gehörte zum übernommenen DDR-Volksvermögen der von der Nationalen Volksarmee hinterlassene mobile Bestand, dessen Schätzwert sich auf etwa 86 Mrd. M für Militärtechnik und 10-15 Mrd. M für Materialvorräte zu Anschaffungspreisen belief. Dazu gehörten u.a. Bestände von:

368 Kampfflugzeugen, 2.761 Kampfpanzern, 192 Kriegsschiffen, 5.000 Artillerie-, Raketen- und Flugabwehrsysteme, 1,3 Mio. Handfeuerwaffen, 7.000 Radfahrzeugen aller Art und 3.000 Anhänger sowie 303.690 Tonnen Munitions- und riesige Materialvorräte.

Deren Vermögenswert konnte durch teilweisen Verkauf und Weggabe an Dritte noch gleichsam einen "Erinnerungswert" behalten, von den Ausgaben zur Entsorgung abgesehen.

## 6. Die historische Urlast der DDR bis 1961

Wenn man das Entstehen der wirtschaftsstrukturellen Defizite der DDR von Anbeginn untersucht, sollte man auch die völlig unterschiedliche historische Ausgangslage nach 1945 im Vergleich zur BRD nicht übergehen.

Unmittelbar nach dem Kriegsende wurde die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) einem harten Zwangsregime unterworfen, das mit einem gewaltigen Abzug von ökonomischen Ressourcen zunächst als Beute und sodann als Reparationen verbunden war.

Allein 1945 umfaßte der Abtransport von Beute 21.834 Waggons mit Industriegütern und Anlagen, 73.493 Waggons mit Baustoffen und Einrichtungsgegenständen aus Privatwohnungen sowie 241.788 Waggons mit erbeuteten Lebensmitteln. Außerdem wurden 1945 447.741 Tonnen Schwarz-, Bunt- und Edelmetalle verladen. (Knyschewskij, "Moskaus Beute", 1995, S. 40/41)

Vom Rest des noch erhaltenen Nationalreichtums des Landes zu Kriegsende von mehr als 94 Mrd. Reichsmark (RM) wurde ein sehr bedeutender Teil (insbesondere moderner Ausrüstungen) durch die Demontagen als Reparationsleistungen an die Sowjetunion abgezogen.

Das Besatzerregime hatte mindestens 30 % der industriellen Kapazitäten von 1944 in der SBZ zerstört, vorwiegend durch Demontage der Anlagen und Sprengung der Bauten der früheren Rüstungsindustrie. Militärische und zivile Forschungsbasen, Patente und Spezialisten wurden requiriert. Es wurden in drei Jahren ca. 1000 Betriebe total und weitere ca. 1400 teilweise abgebaut und/oder ausgeschlachtet. Es wurden 11.800 km Bahngleise demontiert, darunter 6.300 km zweites Gleis.

Damit fiel das industrielle Potential der SBZ auf ca. die Hälfte des Standes von 1936. So z.B. verfügte die SBZ 1946 nur noch über 2,3 Megawatt der zuvor installierten Kraftwerksleistung.

Der Umfang aller dieser Verluste in Form der Demontage von vorwiegend industriellen und verkehrstechnischen Ausrüstungen, Kriegsvorräten an Rohstoffen und Lebensmitteln, laufenden Produktionsentnahmen und sonstigen Requirierungen wurde von der westdeutschen Forschung insgesamt auf 54 Mrd. RM (Preisbasis 1944) bzw. 16 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Dieser Umfang übertraf noch die Gesamtsumme der nach dem Krieg aus den USA geleisteten Marshall-Plan-Hilfe nach dem westlichen Europa insgesamt und war ca. 12-fach höher als der für die drei Westzonen bestimmte Anteil hiervon. Der Verwendungsanteil für SBZ-Reparaturen am Sozialprodukt war 1945-1955 zweieinhalb mal höher als derjenige in Westdeutschland.

Bis zu 8 Jahre nach Kriegsende wurde infolge dieser Reparationen die Erneuerung bzw. Wiederherstellung der vorherigen modernen Produktionsbasis verhindert, d.h. es mußte nach der Ausschachtung überwiegend bzw. weitverbreitet von der verminderten Substanz gezehrt werden. Zusätzlich wirkten sich die materiellen Disproportionen mit voller Härte aus, die sich aus dem Zonengrenzregime und der damit verbundenen Zertrennung alter, überkommener West-/Ost-Lieferbeziehungen ergaben.

Ende 1953 lag die DDR daher um 50 % im Niveau der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität gegenüber der BRD zurück. Wie schon gezeigt, blieb dieser Niveau-Rückstand bis Ende der DDR dann erhalten, trotz zeitweilig hoher Zuwachsraten.

Zwischen 1946 und 1953 betrug die Reparationen (aus laufenden Produktionsentnahmen) ca. 22 % des Bruttosozialprodukts, die den im Inland verbrauchten Volkseinkommensanteil noch höher minderten. Die Bruttoinvestitionen in allen Wirtschaftsbereichen lagen 1950 bei 4,9 % des sog. DDR-Gesamtprodukts (einschl. Vorleistungen). Die Nettoinvestitionen betrug 1950 nur 5,8 % des im Inland verwendeten Volkseinkommens.

Die Abtrennung des DDR-Territoriums aus dem früheren Wirtschaftsverbund des Deutschen Reiches führte zu harten Anforderungen an eine Strukturpolitik, die ihre inneren ausreichenden Investitionsquellen und ihr eigentliches Profil erst nach dem Mauerbau 1961 gewann. Heute ist historisch gesichert, daß es Adenauer war, der die Priorität einer Westintegration der Bundesrepublik durchsetzte und seinerseits damit die deutsche Spaltung frühzeitig akzeptierte.

In den ersten DDR-Jahren waren (zusätzlich zu den Reparationen sowie zeitlich anschließend) noch spürbare Verluste infolge der offenen innerdeutschen Grenze zu tragen, die sich auf Abgänge bei Materialressourcen und Humanpotentiale erstreckten. Der Bevölkerungsrückgang zwischen 1949 und 1960 betrug ca. 10 %.

Die resultierenden hohen direkten und indirekten Verluste der Wirtschaftsressourcen und -potentiale führten zu einem weiteren Aderlaß der DDR **zugunsten der BRD** in einer westdeutschen Schätzgröße von mehr als 120 Mrd. M, der über ein Jahrzehnt (1950-1961) hinweg die Akkumulation in Sachanlagen der DDR-Wirtschaft reduzierte.

## 7. Aspekte des Wirtschaftssystems

"Das Geschichtsbild, das derzeit von der DDR gemalt wird, ist dramatisch dunkler als zur Zeit ihrer realen Existenz", schrieb der Historiker Eberhard Jäckel nach einem Jahr der Vereinigung. (In: "Der Spiegel", Nr. 52/91, S. 39)

Es ist nicht zu leugnen, daß die DDR sich 1989 in einem nach marktwirtschaftlichen Effektivitätskriterien zunehmend verschlechternden Zustand befand, der durch erhebliche Rückstände an Produktivität, Effizienz und ökologischer Qualität sowie durch zumeist nicht weltmarktfähige Produkte **im Vergleich zu Westdeutschland** gekennzeichnet war. Auch die Ausstattung mit Anlagen in manchen Zweigen der Wirtschaft sowie mit Bauten im kommunalen Bereich war vergleichsweise stärker veraltet, mangelhaft oder z.T. stark vernachlässigt.

Hier muß daran erinnert werden, daß die DDR-Planwirtschaft sich niemals an rein marktwirtschaftlichen Kriterien messen lassen wollte, da sie typischen planbürokratischen Lenkungsformen verhaftet war und ebensolchen Wirtschaftszielen diente. Ihre Struktur war eng, starr und langfristig mit dem RGW-Stoffkreislauf verzahnt, kaum in den westlichen Weltmarkt arbeitsteilig integriert und daher generell von nur mäßiger Änderungsdynamik und -flexibilität.

Vorrangig diente der westliche Weltmarkt nur zum Ausgleich für eigene materielle Disproportionen, die sich auf dem RGW-Markt (Comecon) herausbildeten und schnell überwunden werden sollten. Dabei kam es auch zunehmend zu stark belastenden Westimporten als externe Vorlieferungen für Ostexporte.

Erst in der letzten Periode der DDR unter Honecker gewann der Export in das kapitalistische Ausland zunehmende Bedeutung, und zwar infolge des Zwangs zur Refinanzierung von höheren Devisen-Schulden.

Letztlich war die ostdeutsche Außenwirtschaft **überwiegend** in eine zwangsweise Integration auf der Basis spezialisierter Sortimente ins zentralisierte Wirtschaftsgebiet des früheren RGW verknüpft, die eine totale strukturelle Abhängigkeit für alle Beteiligten einschloß. Es gab hierbei für konkrete materielle Lieferbeziehungen in der Gruppe der spezialisierten Sortimente fast keine zusätzlichen bzw. außerplanmäßigen materiellen Kompensationschancen. Hierdurch unterschied sich der RGW grundlegend vom westlichen Weltmarkt und prägte die DDR-Exportindustrie strukturell auf RGW-Bedürfnisse mit relativ geringen Innovationsanforderungen.

Die letzten Jahre der DDR zeigten zunehmend gefährliche toxische Umweltbelastungen von Agrar- und Wohnflächen, stark vernachlässigte und sogar verkommene Bereiche der Infrastruktur, zu schwache Innovationskraft der Exportwirtschaft, evidente chronische Strukturmängel und ineffektive oder fehlerhafte Strukturpolitik, zurückgehende Nettoinvestitionsraten in mehreren der produzierenden Branchen und anwachsende Zwänge in der Devisenerwirtschaftung für Schulden im Außenhandel.

Zu lange wurde hier am Kapitalstock in einiegn Wirtschaftszweigen und Branchen Raubbau oder Unterreproduktion erzwungen, u.a. zu Gunsten von eindrucksvollen Aufbau- und Entwicklungsleistungen bevorzugter Wirtschaftszweige in über 40 Jahren DDR-Zeit.

Aber dieser Zustand war nicht nur durch implizite Mängel des DDR-Planungssystems verursacht, sondern auch durch die außerordentlichen Lasten der unproduktiven Konsumtion des Verteidigungshaushalts und des inneren Sicherheitssystems. Die Gesamtausgaben im

Militär- und Sicherheitsbereich lagen 1988 offiziell bei 21,7 Mrd. M und erreichten damit 8 % des sogenannten "produzierten Volkseinkommens".

Dies findet seine politische Ursache im Kalten Krieg und im auszehrenden Wettrüsten. Immerhin wurde durch die NATO das wirtschaftsstrategische Ziel verfolgt, die Ressourcen der RGW-Staaten fehlzuleiten und deren Lebensstandard zu drücken, da sie sich pro Kopf (im Vergleich zur volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) relativ höher mit den Verteidigungsausgaben belasteten.

Die Politik dominierte hier wesentlich die DDR-Ökonomie. Der Abzug von materiellen Ressourcen aus dem wirtschaftlichen Kreislauf für den Militärverbrauch wirkte sich hierbei relativ stärker aus: Die niedrigere Produktivität der DDR-Wirtschaft im Verhältnis zur westdeutschen Marktwirtschaft hatte - infolge der pro Kopf vergleichbar hohen Verteidigungslasten - schon in den 60-er Jahren eine relative chronische Basisschwächung der Effektivität zur Folge, die auf der vorangegangenen Produktivitätsschwächung der Periode 1945 - 1961 aufsetzte.

Daneben gab es weitere gewichtige Faktoren, die den volkswirtschaftlichen Wachstumsprozeß der DDR schwer belasteten:

- Die aus der geographischen Teilung hervorgehende einseitige und nachteilige Rohstoff- und Brennstoffbasierung, die u.a. außerordentliche bzw. wachsende Erschließungs- und Nutzungsaufwände (Bergbau, Metallurgie, Energie) erforderte, sowie die seit 1945 erfolgte Abtrennung von den herkömmlichen Versorgungsbeziehungen mit Halbzeugen, Vorprodukten und Zulieferungen (Westdeutschland bzw. Schlesien);
- die permanenten enormen Transportkosten für die gewaltigen Güterströme im Warenaustausch zwischen DDR und UdSSR über die riesigen Entfernungen durch Polen, die zu einem hohen permanenten Leistungsausgleich gegenüber Polen führten;
- das West-Embargo für Hochtechnologie, das die Vorteile der internationalen Zusammenarbeit nachhaltig einengte und eine externe Abdrosselung der Wettbewerbsfähigkeit der DDR aus politischen Ursachen (Kalter Krieg) bewirkte, jene gewollte Schwächung auf Exportmärkten also, die jetzt in Umkehrung von Ursache und Wirkung der SED-Herrschaft vorgeworfen wird;
- der Ressourcentransfer der DDR in andere "befreundete" Länder über den gelenkten Außenhandel, der politisch auferlegt war und zu einer permanenten Abschwächung der Importhöhe bzw. zu "verlorenen" Krediten an einige der Schuldner-Staaten führte;
- die Verschuldungspolitik gegenüber westlichen Devisen-Kreditgebern etwa ab 1972, die infolge hoher Zinslasten rasch zur kreditären Refinanzierungsspirale führte und als Druckmittel zur Absenkung der Devisen-Erlöse für DDR-Exporte zunehmend beitrug, sich also letztlich als Abzug vom produzierten Volkseinkommen auswirkte.

Auch geologische Faktoren spielten eine Rolle: So z.B. war die erzwungene DDR-Braunkohlennutzung in ihrer extremen Einseitigkeit und umweltfeindlichen Technologie ein folgenschwerer Schwachpunkt der Ökonomie, die überhöhte Investitionen (für die Erschließung und den Abbau) sowie enorme Transportleistungen erforderte und die Umwelt gefährlich belastete.

Der Uran- und Kupfererzbergbau wurde aus militärstrategischen Gründen praktisch „um jeden Preis“ betrieben.

In der Folge der Einbeziehung der DDR in den Warschauer Pakt mußte aus politischen Gründen die Höhe der Militärausgaben angehoben werden:

Die riesigen Waffen- und Munitionsberge der NVA, die nach der Vereinigung die Bundesregierung verschenkte, verkaufte oder verschrottete, mußten zuvor von der DDR-Wirtschaft buchstäblich zu Lasten ihrer produktiven Investitionen abgedarbt werden. Bisher hat keine "DM-Eröffnungsbilanz" den Wert dieser Waffen und Munitionsberge je in Ansatz gebracht, der aber über 100 Mrd. Mark Anschaffungspreis abzuschätzen war.

Dies bedingte z.T. auch den übergroßen Rückstand in der Höhe der ökologischen Investitionen

bzw. der ökologischen Sarnierungsaufwände in der DDR, sofern militärische und ökologische Lasten in echter Ambivalenz rein quantitativ zueinander stehen.

## 8. Politisches Ende der DDR

"Die Situation in der ehemaligen DDR war im Grunde sozial und wirtschaftlich stabil. Sie war stabil insofern, als es keine Arbeitslosigkeit gab, die Einkommen sich durchaus entwickelten, mäßig zwar, aber sich immerhin entwickelten; der Lebensstandard stieg," urteilte 1993 Heiner Flassbeck vom DIW nüchtern in einer Studie.

(Siehe in: Jablonowski/Simons, "Strukturpolitik in Ost und West", bund Verlag 1993, S. 123) Diese Feststellung ist natürlich „ein rotes Tuch“ für die Medienpropaganda der Vereinigung.

Richtig ist, daß es aus politischen Gründen - u.a.infolge der Auslösung einer Massenflucht - zum Ende der DDR kam, keineswegs direkt aus originären Gründen von genereller "Mißwirtschaft" oder der akuten Zusammenbruchsgefahr von Wirtschaft oder Versorgung der Bevölkerung bis 1989.

Selbst eine generelle Zahlungsunfähigkeit der DDR gegenüber dem westlichen Ausland war nicht akut gegeben, wenn auch latent drohend.

Die interne DDR-Opposition (einschließlich Werner Schulz) forderte hauptsächlich politische Reformen einschließlich Reisefreiheit ein und wandte sich zunächst nicht grundsätzlich gegen die gesellschaftlichen Grundlagen des „realen Sozialismus.“

Zu diesen politischen Gründen für das Ende der DDR muß man die Vorgeschichte zur Maueröffnung, deren dramatischen Effekt selbst und die weiteren Folgen ab Ende 1989 zählen, die zur emotionalen Isolierung und politischen Destabilisierung der SED-Machthaber führten.

Mit der Maueröffnung verlor die DDR jede konkrete innerdeutsche Voraussetzung, die erforderlichen Korrekturen in der Wirtschaftspolitik zum Erfolg zu führen und eine erneuerte und stabile wirtschaftliche Eigenentwicklung zu sichern. Die DDR war vielmehr in die Lage der offenen Grenzen vor August 1961 mit hoher Abwanderung und mit (partieller) wirtschaftlicher Auszehrung zurückgeworfen.

Hoffnungen auf die gesamtwirtschaftliche Konsolidierung der DDR nach der Maueröffnung erwiesen sich sowohl in Kreisen der DDR-Führung als auch in den Gruppen der Bürgeropposition sehr rasch als Illusionen, die an den komplexen Realitäten scheiterten.

Die DDR-Wirtschaft konnte sich selbst im 1. Halbjahr 1990 noch aus einem tiefgreifenden Produktionseinbruch heraushalten, obwohl der Verlust bei Absatzchancen für Investitionsgüter und von Arbeitskräften (infolge Übersiedlung Ost/West) sich auswirkte. Im Juni 1990 war der Stand der Industrieproduktion (gegenüber Dezember 1989) auf 86,4 % gesunken.

Bald nach der Wende wurde eine wirksame politische Konzeption der Bundesregierung zur raschen Vereinigung initiiert, und ab Frühjahr 1990 entfachte man eine euphorische Erwartung der Ostdeutschen auf die Wunderkraft der D-Mark.

Ohne den machtpolitischen Anspruch der Bundesregierung, der sich infolge der Widerstandslosigkeit Gorbatschows rasch vollends konsolidieren konnte, wäre wohl jede Erwartungshaltung auch einer "großen Mehrheit der Bevölkerung" in der Ex-DDR mit dem Ziel einer so raschen Vereinigung von den internationalen Realitäten noch weiter abgebremst worden.

Allerdings ist auch wahr, daß die Bundesregierung ihre Interessenlage 1990 anders beurteilt hätte, wenn vorausgesehen worden wäre, daß die Folgen der Vereinigungspolitik nach offiziellen Angaben in den ersten 5 Jahren mindestens 761 Mrd. DM an Netto-Transfers West/Ost kosten würden. Seitdem überstieg diese Summe bis Ende 1998 bereits 1 Billionen DM. Analog dazu stieg die BRD-Staatsverschuldung auf 2,3 Billionen DM noch wesentlich stärker als diese Netto-Transfers.

Die ostdeutschen Bundesländer und Gemeinden übertrafen inzwischen den Stand der internen

DDR-Staatsverschuldung von 1990 mit nunmehr 133 Mrd. D-Mark (nicht Mark der DDR) schon mit Abstand. Allerdings würde Herr Werner Schulz dies nicht als Ausdruck von überforderter oder bankrotter BRD-Politik interpretieren.

Gewiß bedeutet der hohe Transfer West/Ost eine enorme solidarische Belastung insbesondere der Steuerzahler und der öffentlichen Sozialkassen, die als solche von den Ostdeutschen auch anerkannt wird.

Es ist natürlich verständlich, daß die Exponenten der alten Bundesregierung und manche von ihr geförderten „Wendepolitiker“ diese schwere Bürde der Einheit nicht etwa mit den Fehlern der Vereinigungsökonomie begründen möchten, sondern allein der „maroden DDR-Wirtschaft“ anlasten wollen.

Prof. Wolfram Engels, inzwischen verstorbener Herausgeber der "Wirtschaftswoche", hatte schon 1991 lapidar bemerkt:

"Die Planwirtschaft war zwar schuld daran, daß der Lebensstandard in der Ex-DDR viel niedriger war als in der Bundesrepublik, nicht aber am Niedergang, der nach der Wirtschafts- und Währungsunion eingesetzt hat." („Wiwo“, Nr. 34/91)

Inzwischen liegen von der wirtschaftshistorischen und ökonomischen Forschung einige seriöse Studien u.a. zur DDR-Geschichte und zur DDR-Endzeit vor, die hier für diese Angaben ebenfalls berücksichtigt wurden.

## 9. Fazit

Der Rückgang in der Effektivität der DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren hängt mit den hohen Investitionen und steigenden Kosten in der energetischen Basis, mit den drückenden Investitionen im Militär- und Sicherheitsbereich, mit der Forcierung im Wohnungsneubau und mit den extremen Preisverlusten im Westexport sehr wesentlich zusammen.

Die Legende von der finanziell oder gesamtwirtschaftlich "total bankrotten DDR" aber kann als sachlich entschärft und relativiert gelten. Dies angesichts der eingangangs zitierten Worte „Er (der DDR-Staat) war ruiniert, die Arbeitsproduktivität lag am Boden. Es ging so gut wie nichts mehr. Viele Kommunen und viele Städte sind dem Tod im letzten Moment von der Schippe gesprungen“, die Werner Schulze rückblickend kolportiert.

Hören wir dazu ein wissenschaftliches Urteil aus jüngster Zeit aus einer Studie des Hannah-Arendt-Instituts der TU Dresden:

„Mir ist keine Argumentation bekannt, die einen inneren Funktionsmechanismus namhaft machen könnte, der ein solches quasi-naturgesetzliches Zusammenbrechen (der DDR) zeitigte. Die Erfahrungen ... rechtfertigen eher den Schluß, daß Wirtschaftssysteme dieser Art auf Dauer reproduktionsfähig gehalten werden können.“

(Lothar Fritze, „Die Gegenwart des Vergangenen“, Böhlau 1997, S. 144)

Selbstverständlich negiert dies nicht, daß keine echten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Rückstände der Ex-DDR hinsichtlich Ökologie, Effizienz und Produktivität **gegenüber Westdeutschland** bestanden. Hierin war die Lage in der DDR aber nicht generell schlechter als in anderen Ländern mit vergleichbarem oder ähnlichem Entwicklungsniveau oder wie in ganz Mittel-/Osteuropa, in wesentlichen Punkten jedoch besser.

Es muß zu denken geben, wenn inzwischen Polen sein Bruttoinlandprodukt von 1989 bereits 1998 um 18 % überschritten hat, die ostdeutsche Region dagegen dieses marktwirtschaftliche „post-Transformationsergebnis“ erst noch - trotz immenser Transfer-Investitionen - erreichen muß.

Der Nachweis der schweren Fehler der Vereinigungsökonomie selbst aber ist hier nicht unser Thema.